

23.08.94

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Stellungnahme der Bundesregierung zur Entschließung des Bundesrates zur deutschen Sprache in der Europäischen Union

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amtes

Bonn, den 22. August 1994

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Bürgermeister Klaus Wedemeier

Sehr geehrter Herr Prsident!

Der Bundesrat hat mit seiner Entschließung vom 20. Mai 1994^{*)} die Bundesregierung gebeten, ihm einen Aktionsplan "Deutsch als gleichberechtigte Arbeitssprache in der Europäischen Union" vorzulegen, mit ihm einen kontinuierlichen Dialog über das weitere Vorgehen zur Erreichen struktureller Verbesserungen zu führen und ihn über die konkreten Beschwerdefälle und die von der Bundesregierung getroffenen Abhilfemaßnahmen zu unterrichten.

Die angemessene Verwendung der deutschen Sprache ist für die Akzeptanz der Europäischen Union in der Bundesrepublik Deutschland von großer Bedeutung. Die Bundesregierung achtet mit Nachdruck darauf, daß die rechtliche Gleichstellung des Deutschen mit dem Englischen und Französischen wie auch mit allen anderen Amts- und Arbeitssprachen in der täglichen Praxis der Europäischen Union auch tatsächlich beachtet wird. Alle Ressorts beobachten in ihren Zuständigkeitsbereichen die Einhaltung des Sprachenregimes, greifen Verletzungen auf und drängen über das Auswärtige Amt und die deutsche Ständige Vertretung bei der Europäischen Union auf Abhilfe.

^{*)} siehe Drucksache 308/94 (Beschluß)

Von besonderer Bedeutung ist die rechtzeitige Vorlage aller Dokumente in deutscher Sprache für die Koordinierung innerhalb der Bundesregierung und für die Beteiligung von Deutschem Bundestag und Bundesrat gemäß Art. 23 GG. Hierzu hat der Bundesminister des Auswärtigen am 20. Mai d.J. im Bundesrat festgestellt, es verstehe sich von selbst, daß für die innerstaatliche Beteiligung der Länder bei der Formulierung der deutschen Europapolitik die rechtzeitige Verfügbarkeit der Dokumente in deutscher Sprache eine unerläßliche Voraussetzung sei. Die Bundesregierung hat zu diesem Zweck eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit Ratssekretariat und Kommission eingerichtet und mit beiden enge Zusammenarbeit vereinbart.

Die überwiegende Verwendung des Französischen und des Englischen als Arbeitssprache der Organe der Europäischen Union beruht vor allem darauf, daß diese Sprachen als Fremdsprachen weiter verbreitet sind als Deutsch. Die Bundesregierung legt deshalb großen Wert auf einen verstärkten Deutschunterricht in den Mitgliedstaaten und für die Bediensteten der Union. In diesem Jahr finden auf Initiative der Bundesregierung und mit großzügiger Unterstützung der Länder erstmals Sprachkurse für EU-Bedienstete in Deutschland statt, zusätzlich zu den seit vielen Jahren vom Goethe-Institut in Brüssel angebotenen Sprachkursen. Ich hoffe, daß diese erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern sich auch in Zukunft fortsetzen wird.

Die Bundesregierung ist gerne bereit, mit dem Bundesrat einen kontinuierlichen Dialog über das weitere Vorgehen zur Förderung des Deutschen als Arbeitssprache in der Europäischen Union zu führen. Hierzu schlage ich zunächst eine Unterrichtung im Rahmen der Europaministerkonferenz der Länder am 1./2. September 1994 in Passau und im EU-Ausschuß des Bundesrates vor.

Mit freundlichen Grüßen

Rüdiger Trunz